

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Emil Dresden Nr. 51502  
Tel. Nr. 1: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danzig-Konto: Allg. Deutsche Creditbank, Danzig  
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bährlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Bahrenfeld, Niederporwitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-O.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Döber & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Werner Dresden.

Er scheint täglich mit der Zeitschrift „Agrar-Welt“ und „Rural- und Fremdenliste“. Bezugspreis: Monatslich M. 1.20.—, außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postanstalten M. 1.20.—. Einzelverkaufpreis: M. 0.05.—. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. bei der Besizer keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Druck: Clement Landgraf Nachf., Dresden-Freital. Bei unregelmäßig eingehenden Manuskripten ist Rücksicht zu nehmen. Für Anzeigen, welche durch den Verleger aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden. Anzeigen werden die 4-spaltige Zeile mit M. 100.— berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit M. 300.—. Anzeigen und Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Schriften werden mit 50 Prozent Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Einzelne Anzeigen als Aushang und zum Vorübergehenden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach dem Abschluss der Rechnung die Zahlung erfolgt. Bei gerichtlicher Einstellung der Anzeigenbeiträge fällt der jeweilige Rabatt fort.

Nr. 36

Blasewitz, Dienstag, 12. Februar 1923

85. Jahrgang.

## Vernichtung der deutschen Souveränität

Paris, 11. Febr. Poincaré hat gestern mit dem belgischen Außenminister eine längere Besprechung gehabt, der auch der belgische Gesandte, der Kriegsminister, der Arbeitsminister, der Finanzminister und der Minister für die befreiten Gebiete beiwohnten. Nach Schluss dieser Sitzung wurde folgende Note veröffentlicht, die der deutschen Regierung übergeben werden soll:

„Die belgische und die französische Regierung haben festgestellt, daß der Wunsch des Reichskanzlers Cuno im Ruhrgebiet und seine dort ausgeübte Aktion einzig und allein den Zweck gehabt hat, gefährliche Erregungen, besonders unter den Großindustriellen, Angestellten und Staatsbeamten, hervorzurufen. Unter diesen Bedingungen sehen sich die französische und die belgische Regierung, die im Interesse der Bevölkerung stets bestrebt sind, Wirren zu vermeiden, die einen blutigen Verlust haben könnten, genötigt, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder mitzuteilen, daß die Reichsminister und die Minister der Länder nicht mehr ermächtigt werden, das Ruhrgebiet zu betreten.“

Der Friedensvertrag von Versailles und seine Ausläufer sollen nach den mehrfachen Aeußerungen Poincarés bis auf letzte Tripelstufen durchgeführt werden. Um die materiellen Forderungen durchzuführen, welche Frankreich an Deutschland auf Grund dieses Vertrags-Ausläufer hat, wurde das Ruhrgebiet besetzt und damit der Grundvertrag bereits umgestoßen. Der einen schweren Rechtsverletzung stellt jetzt die andere sich an. Schon längst, als in Paris Erregung über die Reise Cunos in das Ruhrgebiet herrschte, bemerkten wir im Anschluß an die betr. Meldung, daß deutschen Staatsmännern es nicht verboten werden könne, deutsche Gebiete zu bereisen, um über die Lage in diesen Gebieten sich zu informieren. Frankreich und Belgien mahnen sich jetzt an, ein dahingehendes Verbot zu erlassen! Das ist eine Mißachtung der deutschen Souveränität! Weiter aber: In der Form der Note kommt zum Ausdruck, daß Frankreich und Belgien sich für besetzt halten, „Ermächtigungen“ für deutsche Minister zu erteilen oder zu versagen. Darin liegt nicht nur eine Mißachtung, sondern diese Form bedeutet die Aufhebung der deutschen Souveränität.

Mit Scheinheiliger Phrasen behaupten ferner beide Länder, daß sie stets bestrebt sind, Wirren zu vermeiden. Man muß nur folgende, am Sonnabend bei uns eingelaufene Meldung mit dieser Heuchelei zusammenhalten, um sie richtig zu illustrieren — ganz abgesehen von allen blutigen Verbrechen, von denen keines mit der Reise Cunos in irgend einem Zusammenhang gebracht werden kann, weil sie sämtlich vor Cunos' Reise liegen:

Redlinghausen, 10. Febr. Der kommandierende General der 47. französischen Infanteriedivision, General Lagrelot, ist in Redlinghausen ein Schützenregiment aus Lalancat hat dem württembergischen Dr. Niemeyer angetraut, daß er vor seiner Abreise zurückkehren werde, bis die Bevölkerung vor ihm auf den Anjen liege. Einem anderen Vertreter der deutschen Behörden, der auf die fürchterliche Erregung hinwies, die in

der Stadt herrsche, daß fortwährend Tonnen die Straßen durchrausen und die Franzosen mit Schusswaffen, Gummihäupteln, Gewehrstoßen und Revolvern die friedlichen Bürger systematisch tödlich bedrohen, erklärte er: „Die Bevölkerung ist uns vollständig gleichgültig. Uns geht es gut. Weiter haben wir nichts notwendig. Wenn die Bevölkerung sich meinem Willen nicht beugt, werde ich zu immer schärferen Maßnahmen greifen, bis sie mir aus der Hand flieht.“

Obwohl noch keinerlei Verbote für den Straßenverkehr bestehen, wird wohllos auf die friedlich ihres Weges gehenden Passanten eingeschlagen, eingeschossen und so weiter. So wurde gestern — um nur einige Fälle aus einer langen Reihe herauszugreifen — auf der Breiten Straße ein Passant ohne jede Veranlassung mit dem Kolben niedergeschlagen und mit Fußtritten mißhandelt und darauf zur Flucht gezwungen, fortgeschafft worden mußte. Am Steinort wurde ein Bergmann von einem französischen Offizier vom Werke herab so mißhandelt, daß er zu Boden stürzte. Als er sich wieder erhob, griff der Offizier wieder zur Weisheit und schlug auf den Bergmann herab, daß er blutige Strömen im Gesichte trägt. Ähnliche Vorfälle wiederholen sich dauernd. Frauen werden in ohnmächtiger Wut. Die Vorkänge am vorgestrigen Abend haben alles Seither ge nach überboten. Alle Passanten wurden brutal überfallen und rücksichtslos verprügelt. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht festgestellt. Der Gemütskranke Burstein wurde derartig mit dem Gewehrstoßen mißhandelt, daß er inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist. Sein ebenfalls harmlos des Weges gehender Begleiter wurde mit Dolchschneiden mißhandelt. Von Münster kommende Reisende, die von Sins aus mit der Straßenbahn kamen und in Redlinghausen absteigen wollten, wurden unerbittlich aus dem Wagen gerissen und aufs Schwerste mißhandelt, sogar Frauen und Kinder. Bergarbeiter, die als solche deutlich zu erkennen waren, wurden in gleicher Weise brutal mißhandelt. Während der ganzen Nacht wurde fortwährend geschossen. Die Zahl der verletzten Frauen und Kinder bleibt hinter der der Männer nicht zurück. Stadtrat Hilber wurde so verprügelt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Am Freitag nachmittags 4 Uhr wurden 30 katholische Seminaristen von französischen Offizieren mit Reitpfeiffen und von Mannschaften mit Kolben überfallen und blutig geschlagen.

Ein gewiß unverdächtig Zeuge, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Friedrich Stampfer, Chefredakteur des „Vorwärts“, der in das Ruhrgebiet gereist ist, gibt seinem Blatte über die Zustände in Redlinghausen folgenden Bericht:

„Als ich gestern morgen die Nachrichten aus Redlinghausen las, die so abenteuerlich und unwahrscheinlich klangen, glaubte ich die beste Gelegenheit gefunden zu haben, eine schärfste Verleumdungserklärung geradezu auf frischer Tat zu ertappen. Ich möchte mich also mit dem Genossen Marxmüller vom Bergarbeiterverband und zwei enolischen Kollegen auf den Weg nach Redlinghausen. Ich muß feststellen, daß die Berichte über Redlinghausen nicht übertrieben waren, sondern viele eher noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Nicht minder schändliche Dinge, ja sogar noch schändlichere, haben sich bei dem militärischen Überfall auf den Bahnhof Sonne abgespielt. Die Entrüstung der Bevölkerung, die gewohnt ist, ihre Rufe hoch zu tragen, und die jetzt mit

Kolben und Reitpfeiffen behandelt wird, ist unbeschreiblich. Die Bewegung geht jetzt hier unter sozialdemokratischer Führung. Wenn dem Treiben der Soldateska nicht Einhalt geboten wird, kann niemand für das, was noch kommen kann, die Verantwortung übernehmen.“

Es bleibt aber — wie bei der Brutalität, mit der Frankreich und Belgien vorgehen, gar nicht anders zu erwarten war — nicht bei der bloßen Annahme, Ministern keine „Ermächtigung“ mehr zu erteilen für eine Einreise in das besetzte Gebiet, sondern ein neuer Gewaltakt beweist, daß Frankreich sich sogar das Bestätigungsrecht für Staatsbeamte anmaßt, wozu im Friedensvertrage überhaupt keine Grundlage vorhanden ist. Im Gegenteil: Er schreibt ausdrücklich vor, daß die Selbständigkeit Deutschlands nicht angetastet werden darf. Und dazu gehört natürlich das schon durch Ausweisungen zu Boden getretene, allein dem Reiche oder seinen Gliedern zuzehörende Recht, Beamte auszustellen oder zu erneuern. Ohne Rücksicht hierauf hat Frankreich sich so laienenden neuen Rechtsbruch geleistet:

Frankfurt a. M., 11. Febr. Der Reichspräsident von Weisbaden hat sich, gegen dessen Amtsantritt die Rheinland-Kommision ein vorläufiges Vetorecht eingelegt hatte, weilt in den letzten Tagen im besetzten Gebiet, um als Kommissar der preussischen Regierung Informationen über die wirtschaftliche und politische Lage einzuziehen. Am Sonnabend nachmittags wurde er aus einer Besprechung mit Landräten und Bürgermeistern des Neoriederwalds Wiesbaden durch französische Beamte zum französischen Oberdelegierten Marquis de Villers genötigt, der ihn ehrenwürdig verpflichtete, nach der Mitternacht das besetzte Gebiet zu verlassen. Sogar lehnte das Ansuchen ab und erklärte, nur der Gewalt zu weichen. Daraufhin wurde er in das französische Polizeikommissariat geführt und einer gründlichen Untersuchung unterworfen, gegen die er unter Bestätigung auf seine Immunität als preussischer Landtagsabgeordneter entschied protestierte. Ebenso verweigerte er die Unterzeichnung eines von dem französischen Polizeikommissar ausgenommenen Protokolls. Gegen halb 10 Uhr wurden Sämtliche die Posten zurückgegeben und er im französischen Militärautomobil über die Grenze des besetzten Gebietes gebracht.

Aus all dem geht hervor, daß Frankreich und Belgien es darauf anlegen, eine Katastrophe herbeizuführen. Die Rubrikation war ein Schlag ins Wasser. Um die beiden Völker von diesem Misserfolg abzulenken und um Frankreichs Ziele, die es in Versailles nicht erreichen konnte, auf anderem Wege erreichbar zu machen, soll Deutschland so laune schikanieren werden, bis ihm der Geduldssaden reißt. Auch dieses veritable Spiel mit dem Gedanken an neue Menschenbläuter zum Zwecke des Länderraubes muß wie die Rubrikation zu nichte gemacht werden. Wesonnenheit und Geschlossenheit ist die einzige Parole, die zu gelten hat. Jede Sonderaktion schwächt uns und liefert Frankreich und Belgien neue Handhaben aus, mit einem Schein des Rechtes himelführendes Unrecht zu bemänteln und hinter diesem Mantel zu erweitern.

## Wichtige Ereignisse.

Deutschen Ministern ist es durch Frankreich und Belgien verboten, die besetzten Gebiete zu bereisen.

Poincarés Erklärungen sind erst Ende dieser Woche zu erwarten.

Wladimir hat sich gegen die allgemeine Abrüstung ausgesprochen.

Im Rhein- und Ruhrgebiet soll nunmehr doch rechtswidrig eine eigene Währung eingeführt werden.

## Devisenpolitik.

Seitdem Deutschland in einen Erstarrungsstand eingetreten ist, der im wesentlichen von der Widerstandskraft und der Widerstandsfähigkeit nicht besorgener Schicksal, sondern der breiten Masse abhängt, wendet man vermehrte Sorge jenen Entscheidungen zu, die an den Rufen der Bevölkerung über so unangenehme und aufreibende geachtet haben: Man beginnt sich dafür zu interessieren, daß aus der Toten Leberung nicht jene Entscheidungen der Radikalität erwachsen, die die Kraft zum Durchhalten beeinträchtigen müßten. Das ist eine lobenswerte Bestrebung, wenn gleich sie vielleicht schon früher hätte einsetzen können, kann man doch zugeben, daß sie nie zu spät kommt. Indessen ist es ratsam, von vornherein dafür Sorge zu tragen, daß die etwa geplanten Maßnahmen nicht nur vorübergehend verhängt werden, daß sie nicht nur, ohne an den Dingen materiell etwas zu ändern, auf eine Weise und ohne Möglichkeit fortwährender Wirkung die Lage etwas günstiger erscheinen lassen, als sie wirklich ist. Zu Maßnahmen solcher Art würde z. B. eine Taktik gehören, die jetzt von vielen Seiten, auch von Handelsmännern und Arbeitern, empfohlen wird. Die Taktik, die Preisgestaltung für eine Woche so zu betreiben, daß der Kaufmann nicht seine vollen Wechselforderungen zur Preisgrundlage macht, daß er also, mit anderen Worten, an Substanz verliert, eine Entwidlung, die ganz naturgemäß nur von höchst geringer Dauer sein kann und zu weiterer Erschütterung wichtiger Grunddaten allen kaufmännischen Lebens führen muß. Projizieren dieser Art können ein paar Wochen oder Monate über den wirklichen Stand der Dinge hinwegtäuschen, sie verändern ihn nicht und machen das Erwachen nur noch schmerzlicher.

In Wahrheit wird die Lenkung fast durchweg nicht von den Kalkulationsmethoden der Kaufmannschaft bestimmt, sondern die richten sich nach der Devisenlage. Es ist natürlich, daß demgemäß auch wieder der Wunsch rege wird, durch obrigkeitliche Maßnahmen auf die Lage am Devisenmarkt Einfluß zu gewinnen, und in der Tat hört man, daß Besprechungen über eine neue Devisenordnung im Gange seien und vielleicht schon in den nächsten Tagen zu Resultaten führen würden. Welcher Art diese Besprechungen sein könnten, ist noch nicht bekannt, aber insoweit es sich nicht um den natürlich sehr wünschenswerten (stillschweigend auch durchführbaren) Ausfluß notwendig ungewisser Elemente vom Devisenhandel und um die Zulieferung von Marktschreibern gegen Devisenlenkung handelt, besteht nach den Erfahrungen mit den Herbergen u. s. w. ein Zweifel, inwieweit die Erregung jedes Devisenhandels durch die Sachverständigen auf den letzten Konjunktur und a. s. w. Weisheitlicher von Ruf haben könne auf dem Standpunkt, daß die beste Methode die Regulierung des Devisenmarktes darin besteht, daß man ihn sich ausschließlich selbst regulieren läßt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, in denen die Abstandsnahme vom Devisenlauf für große Gruppen der Bevölkerung nichts anderes bedeuten würde, als sich den Ver-